Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf • [Auswärts 15 Pf.] • Nr 259 — DONNERSTAG, 1. JUNI 1933 — MORGEN-AUSGABE

Preußische Staatsbibliothek Berlin

Die verstopfte Saale

100 000 cbm Kalk im Flußbett — Durchstich gegen Hochwassergefahr

Von der Eiserfurth bei Bernburg, wo die Saale durch abgerutschte Kalkmassen vollkommen zugeschüttet wurde, und gefährliche Ueberschwemmungen drohen, sendet uns unser Sonderberichterstatter folgende Schilderung:

In etwa 200 Meter Breite brachen auf einmal viele Zehntausende Kubikmeter Kalkablagerungen zusammen und fielen in die Saale. Ein Wohnprahm mit 14 Bagger-Arbeitern wurde mit furchtbarer Gewalt über die ganze Flußbreite hinweg ans andere Ufer geschleudert; glücklicherweise wurde niemand verletzt. Eine gewaltige Flutwelle schlug viele hundert Meter weit ins Land und vernichtete die Aecker. Handkähne, die am rechten Saale-Ufer lagen, liegen jetzt fast einen Kilometer von der Saale entfernt auf dem linken Ufer.

Das Bett der Saale ist ungefähr auf 500 Meter Länge völlig ausgefüllt mit den zusammengefallenen Kalkmassen. Das Wasser hat sich gestaut, und bereits gegen Mittag setzten in den Mühlen und Fabriken in Bernburg die Turbinen aus, so daß viele Betriebe stilliegen, soweit sie ihre Maschinen nicht auf elektrische Kraft umstellen konnten.

Abwärts machte sich die Naturkatastrophe viel schneller und gefährlicher bemerkbar. Schon bei Rienburg sind viele große Lastkähne auf Grund geraten. Viele kippten bereits um und liegen völlig trocken. Da die Saale zur Zeit wenig Wasser führte, staute der Fluß bis etwa gegen Mittag die Wassermengen. Um diese Zeit war die Hochflut — in Bernburg wurden gegen 9 Uhr 60 Zentimeter, gegen 14 Uhr 2,35 Meter gemessen — aber bereits so stark, daß die Dampfer, die in aller Eile Arbeitslose nach der Unglücksstelle schaffen sollten, die Bernburger Saalebrücke nicht passieren konnten und erst die Deckaufbauten umlegen mußten.

Insgesamt wurden etwa 1000 Mann Arbeitslose, Technische Nothilfe, Arbeitsdienst, Stahlhelm und SA eingesetzt, die in fieberhafter Eile versuchten, die Saale um die Kalkmassen herumzuleiten. Gegen 18 Uhr trat aber bereits der Fluß im Rücken der Arbeitenden über die Ufer und zwang die Arbeiten einzustellen. Obwohl der neugeschaffene Flutkanal angestochen wurde, konnte nur wenig Abfluß geschaffen werden.

Der Fluß trat weiter und weiter über die Ufer. Gegen 19 Uhr trat das Wasser bereits in Bernburg über die Ufer. Weiter oberhalb an der Saale machte sich die Stauung ebenfalls schon bemerkbar. Nach amtlicher Schätzung liegen etwa 80- bis 100 000 Kubikmeter Kalk im Flußbett, deren Wegräumung Wochen dauern würde. Jetzt sucht sich der Fluß einen Weg und setzt viele tausend Morgen Ackerland unter Wasser. Unmittelbare Gefahr droht außerdem den Städten Bernburg und Rienburg und einigen Dörfern, weil grade jetzt eine Hochwasserwelle aus Thüringen erwartet wird.

Die Hoffnung, daß das Hochwasser die Kalkmassen wegschwemmen würde, wird sich nicht erfüllen, zumal der Fluß grade in einer Biegung und im flachen Land zugeschüttet ist. Der Schaden der Katastrophe ist unberechenbar. Er wird in die Millionen gehen, da ja nicht nur das Flußbett freigemacht werden muß, sondern auf lange Zeit der sehr lebhafte Saale-Schiffsverkehr stilliegen muß, Mühlen und Fabriken ihre Turbinen anhalten müssen und weite Landflächen für dieses Jahr verloren sind. Auch die Fischerei hat schweren Schaden. Auf der Rohrwiese, die mehrere hundert Quadratmeter weit von den aus ihrem Bett geworfenen Wassermassen überschwemmt ist, wimmelte es bald nach dem Unglück von Fischen. Im Laufe des Vormittags schleppten Einwohner die Fische eimerweise heim.

*

Ueber die Ursache des Unglücks steht noch nichts fest. Die Deutschen Solvay-Werke in Bernburg schwemmen die Kalkrückstände, die bei der Zement- und Soda-Gewinnung anfallen, durch eine Rohrleitung, die unter der Saale durchführt, auf die Höhen unterhalb Bernburg. Dort haben sich in mehreren Jahrzehnten sehr hohe Abraumhalden gebildet, die aus trockenem Kalkschlamm bestehen. Man neigt zu der Annahme, daß in den alten Ablagerungen durch Trockenheit Risse aufgetreten sind, in die Regen und Schwemmwasser eingedrungen ist, so daß ein riesiger Kalkklotz ins Rutschen kommen mußte. An derselben Stelle hat sich vor einigen Jahren ein ähnlicher Unglücksfall geringeren Ausmaßes ereignet. **Möglicherweise läßt man die Kalkmassen einfach liegen, weil hier sowieso ein Durchstich zur Begradigung der Saale geschaffen werden muß. Wohin und wie man inzwischen den Fluß leiten soll, weiß man noch nicht.**

In den Nachmittagsstunden traf Reichsstatthalter Loeper an der Unfallstelle ein. Das Anhaltische Staatsministerium hatte Ministerialrat Müller entsandt. Wie man hört, soll auch noch die Reichswehr und zwar die Magdeburger Pioniere eingesetzt werden.

Arbeitsbeschaffungs-Gesetz

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich Mittwoch nachmittag in mehrstündigen Verhandlungen mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung. Verabschiedet wurde ein vom Reichsfinanzministerium vorgelegtes Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, durch das der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, Arbeits-Schatzanweisungen im Gesamtbetrage bis zu einer Milliarde Reichsmark auszugeben.

Die Mittel sollen zur Förderung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden sowie an privaten Wohngebäuden und Wohnungen, ferner für vorstädtische Kleinsiedlungen, landwirtschaftliche Siedlungen, Flußregulierungen, Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Versorgung, Tiefbauarbeiten und Schleifsteinen an Hilfsbedürftige verwandt werden.

Das Gesetz enthält ferner Bestimmungen über die Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffung, für eine freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, für die Ueberführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft und für die Förderung der Ehe durch Ehestandshilfen und Ehestandsdarlehen.

Der Reichskanzler regte an, über die Vorschläge hinaus einige großzügige Arbeitsprojekte beschleunigt in Angriff zu nehmen, und zwar in erster Reihe ein umfassendes Bauprogramm für Hausreparaturen und Wiederherstellung einer gesunden Grundstücks- und Wohnungswirtschaft im Zusammenhang mit einer Neuregulierung auf steuerlichem Gebiet durchzuführen, ferner die Schaffung eines Netzes von großen Verkehrsstraßen, das den Ansprüchen des neuen Kraftverkehrs entspricht und produktive Auswirkungen im weitesten Umfang für die Kraftverkehrslinien zuläßt, wobei eine organische Verbindung zwischen der Eisenbahn und der Kraftverkehrswirtschaft unter maßgeblicher Beteiligung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hergestellt werden soll, sowie schließlich die nachhaltige staatliche Förderung von zusätzlicher Produktion, insbesondere auch für den Export zum Ausgleich des Valutadumpings.

Es wurde beschlossen, eine Kommission unter Führung des Reichsbankpräsidenten einzusetzen, die die mit diesem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Finanzfragen bearbeiten und insbesondere allein und autoritativ bevollmächtigt sein soll, alle den Geld- und Kapitalmarkt betreffenden Angelegenheiten zu regeln und zu überwachen, damit nicht Störungen des Geld- und Kapitalmarktes durch falsche Dispositionen oder Eingriffe nichtverantwortlicher Stellen eintreten.

Das Reichskabinett verabschiedete endlich noch das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, das eine grundlegende Neugestaltung des landwirtschaftlichen Kreditwesens enthält und für die Landwirtschaft wesentliche Erleichterungen der Zinslast herbeiführt.

Die nächste Kabinettssitzung findet erst nach den Pfingstfeiertagen statt.

PREUSSISCHES STAATSMINISTERIUM BIBLIOTHEK ZU BERLIN KULTURBESITZ

Zeitgeschichte im Prozeß

Der Prozeß gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, der gegenwärtig in Moabit verhandelt wird, ist politisch, nicht nur um der beteiligten Personen willen, und nicht nur um der zur Aburteilung stehenden Tatbestände willen, sondern weil er die Vorhänge fortreißt von bisher noch unbekannten politischen Vorgängen höchst aktueller Art. Die beteiligten Personen sind Politiker: Dr. Gereke, gegen den die Anklage sich richtet, war Präsident des Landgemeindetags, er war führend in der Landvolk-Partei, er war einer der ausschlaggebenden Männer in dem Kreise, der im vorigen Jahr die Wiederwahl des Reichspräsidenten betrieb. Der Tatbestand ist politisch, denn es handelt sich um Gelder, die zu politischen Zwecken aufgebracht waren, um Gelder des Landgemeindetags, und, bei dem sogenannten Hindenburg-Komplex, um Gelder für die Kosten der Wahl-Agitation. Dieser Hindenburg-Komplex ist in dem Prozeß der wichtigste und zugleich der heikelste. Es ist ganz selbstverständlich, daß in dem Zeitalter der Massen die großen politischen Entscheidungen, an denen teilzunehmen das gesamte Volk aufgerufen wird, einer intensiven Vorbereitung bedürfen, die auch Geld kostet. Man hat sich leider hier eine allzu stumpfe Gleichgültigkeit angewöhnt. Die Geldseite der Politik ist eine partie honteuse geworden, von der man nicht spricht, und von der man zu vergessen sucht, daß sie existiert. Die Folge ist, daß diese Geldding in der Verborgenheit betrieben werden, und daß dabei eine Art einzureißen geneigt ist, die nur mit Wohlwollen als großzügig bezeichnet werden kann. Es wäre an der Zeit, daß hier das öffentliche Gewissen sich schärft, und daß für Wahlen und große Massen-Aktionen öffentliche Rechnungslegung üblich wird. Von der strafrechtlichen Seite im Prozeß Gereke soll, da das Verfahren schwebt, hier abgesehen werden. Dieses Grundsätzliche über die Lehren, die in Zukunft gezogen werden sollten, sei um so stärker unterstrichen.

Die Vorgänge, die im Gereke-Prozeß behandelt werden, liegen kaum länger als ein Jahr zurück. In der gestrigen Verhandlung, bei der Oberst von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, Staatssekretär Meißner, der Leiter seines Büros, Reichsminister a. D. Treviranus, Staatssekretär Kempner u. a. als Zeugen aufgetreten sind, brachte die Verlesung von Briefen, die sogar erst aus dem vorigen Dezember stammen, also nur etwa fünf Monate alt sind. Aber die entscheidende Cäsur liegt erst in diesem Jahr. Es ist die Cäsur des 30. Januar, des Tages, an dem der vor Jahresfrist neu gewählte Reichspräsident das Kabinett der nationalen Konzentration berief. Damit hat der Reichspräsident den Schritt getan, der im weiteren Verlauf zur revolutionären Umgestaltung unseres öffentlichen Lebens geführt hat. Rückblickend will es dem oberflächlichen Beurteiler scheinen, als stelle diese Cäsur einen Bruch dar. Frühere Veröffentlichungen schon widerlegten solche Auffassung. Auch die Regierungen, die vor dem 30. Januar am Ruder waren, strebten einer nationalen Konzentration zu. Auch vor dem 30. Januar schon wünschte der Reichspräsident die verschiedenen Richtungen des nationalen Lagers zusammenzufassen. Zwischenfälle, Mißverständnisse, auch Intriguen haben den natürlichen Ablauf der Dinge gehemmt und gehindert, so daß der Durchbruch am 30. Januar und in den Märzwochen um so stürmischer erfolgte. Gestern waren es vor allem die Aussagen des früheren Reichsministers Treviranus, die zeigten, wie Brüning, zu dessen vertrauten Mitarbeitern Treviranus gehörte, auf Hitlers Einbeziehung hingearbeitet hat. Treviranus hat seine Zeugenpflicht nur insoweit erfüllen können, als die Schweigepflicht des ehemaligen Reichsministers nicht dagegen stand. Immerhin ergibt sich so viel, daß man im Kabinett Brüning sich ganz klar darüber war, welcher Weg einzuschlagen sei. Man hatte das Prinzip vom absoluten Primat der Außenpolitik aufgestellt. Man ging von der Annahme aus, ein nationalsozialistisches Kabinett müsse außenpolitisch das Feld bereinigt finden, deshalb müßten vor dem für unausweichlich und geradezu für erforderlich gehaltenen Amtsantritt einer Regierung Hitler die außenpolitischen Probleme gelöst sein. So steuerte Brüning 1932 auf Lausanne zu. Als Vorbereitung für Lausanne wollte er Hindenburgs Wiederwahl, nach Lausanne die Hitler-Kanzlerschaft, außerdem die Gleichschaltung der Preußenpolitik, und alles das unter Hindenburgs Präsidentschaft, weil diese dem Ausland die Gewähr bieten würde, daß der Kurs Deutschlands jedem Abenteuer weiter fernbleibe. Vergegenwärtigt man sich

Mit dem heutigen Tage übernimmt DR. ERICH WELTER die Chefredaktion der Vossischen Zeitung

2° Ztg 1621